

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 11. und 12. Juni 2022

Der Bundesausschuss kam am 11. und 12. Juni zu seiner ersten Präsenzsitzung zusammen.

Da es die erste Präsenzsitzung des neuen Bundesausschusses war, standen der Beschluss der Geschäftsordnung und die Wahl des neuen Präsidiums zu Beginn der Sitzung auf der Tagesordnung. Ins Präsidium gewählt wurden: Gunhild Böth, Cornelia Swillus-Knöchel, Mandy Eißing, Martin Günther, Lars Hilbig und Alexander Kauz. Das neu gewählte Präsidium dankt den bisherigen Mitgliedern für ihre geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank gilt Barbara Borchardt für ihr langjähriges Engagement im Bundesausschusspräsidium.

Die Beratung wurde mit den Berichten aus den Parteistrukturen fortgeführt. Der Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler informierte über die aktuellen Themen aus dem Parteivorstand. Der Vorstand hat sich in seinen zurückliegenden Sitzungen mit der anhaltenden Kriegssituation in der Ukraine beschäftigt, ebenso wie mit dem im Bundestag und Bundesrat verabschiedeten 100-Milliarden-Ausrüstungspaket der Bundesregierung, zu dem die LINKE politische Alternativen formuliert hat, wie Investitionen in die Energiesicherheit oder die dringend notwendige ökologische Transformation. Mit Blick auf die innerparteiliche Situation wies der Bundesgeschäftsführer darauf hin, dass der Zustand der Partei krisenhaft sei und die Vielstimmigkeit dringend überwunden werden müsse.

Aus den Parlamenten berichteten Thomas Lutze (MdB) für Bundestagsfraktion und Martin Schirdewan aus dem Europaparlament. Thomas Lutze betonte, dass die Fraktion sich nach der Bundestagswahl intern neu aufstellen und die Arbeit neu strukturieren musste. Nun sei es notwendig, die Außenwirkung der Fraktion zu erneuern. Dazu sei auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion notwendig. Aus dem Europaparlament informierte Martin Schirdewan über die aktuell diskutierten Themen, wie die Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Plattformarbeiter:innen, den Verhandlungen zum europäischen Mindestlohn und der Initiative zum besseren Schutz von Beschäftigten bei energetischen Gebäudesanierungen.

Mit Blick auf die vergangenen Landtagswahlen hatten die Vertreter:innen der Landesverbände die Gelegenheit, die jeweiligen Wahlergebnisse auszuwerten und zur Diskussion zu stellen. Thomas Lutze (Saarland), Marianne Kolter (Schleswig-Holstein) und Till Sörensen und Lukas Schön (NRW) berichteten zu den zurückliegenden Wahlkämpfen und gaben ihre Einschätzungen zu den Wahlergebnissen. Alle konstatierten unter anderem den negativen Bundestrend als einen der Gründe für das schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen und Probleme bei der Mobilisierung der eigenen Genoss:innen für den Wahlkampf. Im Saarland und in Schleswig-Holstein wurden zudem massive strukturelle Probleme benannt.

Im Namen des Jugendverbandes Linksjugend Solid sicherte Rebekka Grotjohann im Rahmen ihres Berichts die volle Unterstützung für alle von Sexismus betroffenen Genossinnen zu und bemängelte den Umgang mit dem Thema innerhalb der Partei. Bengt Rüstemeier ergänzte den Bericht mit den Themen zur inhaltlichen Arbeit des Jugendverbandes, wie die inhaltliche Vorbereitung auf den Parteitag und ein Strategiepapier des Sprecher:innenrates.

Edgar Zitelmann informierte über die Aktivitäten des Bundesausschusspräsidiums, wie die Vorbereitungen der Sondersitzung zu Metoo und die Einreichung des Änderungsantrags an den Parteitag. Artur Pech hielt stellvertretend den Bericht des Ältestenrates, der allen Mitgliedern schriftlich vorlag.

Es folgte eine Diskussion.

Im weiteren Verlauf diskutierte der Bundesausschuss über die ersten Zwischenergebnisse der Studie »Eine Partei mit Zukunft« der Rosa Luxemburg Stiftung. Laut der Studie liegt das Wähler:innenpotenzial der LINKEN bei 18 Prozent, die Ausschöpfung gelingt bisher jedoch nicht. Größtes Hindernis für Wähler:innen, DIE LINKE

zu wählen, sind die Positionen der Partei in der Außenpolitik. Die Studienergebnisse und die entsprechenden Schlussfolgerungen für die inhaltliche und strategische Ausrichtung werden in den Parteigremien weiter diskutiert.

In Vorbereitung des Parteitags informierte der Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler zur Planung des Parteitags und zur Antragslage. Es folgte ein Austausch über die vorliegenden Satzungs- und Änderungsanträge.

Am zweiten Beratungstag beriet der Bundesausschuss die vom Parteitag überwiesenen Anträge. Der Antrag »G. 18 Digitalisierung ist ein Frauen*thema - genderrelevante Aspekte dieser Technologie sind ein wichtiger Aspekt im sozialen und ökologischen Systemwechsel« wurde mehrheitlich angenommen. Zum Antrag »G. 11 Das gesellschaftliche Problem Glücksspielsucht konsequent angehen – Spieler*innen Schutz gewährleisten« wurde Nichtbehandlung beschlossen.

Nach Erläuterungen zum Tarifabschluss durch den Bundesschatzmeister Harald Wolf und den daraus folgenden Anpassungen im Finanzplan 2022 stimmte der Bundesausschuss dem vorliegenden Haushaltsplan 2022 einstimmig zu.

Der Bundesausschuss erklärte sich solidarisch mit den streikenden Beschäftigten der sechs Unikliniken in NRW und an allen anderen Standorten deutschlandweit. Ebenso dankte der Bundesausschuss dem Ältestenrat und dem Vorsitzenden Hans Modrow für seine bisherige Arbeit und erklärte, auch künftig weiter eng mit dem Ältestenrat unter dem Vorsitz von Hans Modrow zusammen arbeiten zu wollen.

Die nächste Beratung des Bundesausschusses findet am 17. und 18. September 2022 statt.

12. Juni 2022

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing (Thüringen),

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg